



### INHALT

**SEITE 1**  
**DER ÖKONOMISCHE NUTZEN DER MIGRATION**

Studie des DIW und der Universität Mailand

**ZAHLENWERK**

Bereinigte Zahlen: Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (2004)

**SEITE 2**  
**VORBILDICHE INTEGRATIONSARBEIT**

Wettbewerb des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung

**INTEGRATION DURCH BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT**

Bundesweiter Wettbewerb

**REPORT ENAR 2004**

Jahresbericht veröffentlicht

**SEITE 3**  
**MODELLVERSUCHS-PROGRAMM FÜR MIGRANTENKINDER**

Förderung und Begleitung

**DEUTSCH UNTERNEHMEN SCHLECHT VORBEREITET**

Antidiskriminierungsgesetz

**FEIERTAGE**

**SEITE 4**  
**BILDUNG IST JENSEITS ALLER STANDESUNTERSCHIEDE**

Kommentar von Helga Preuss-Venincasa, Betriebsrätin bei KM Europa AG, Osnabrück

## DER ÖKONOMISCHE NUTZEN DER MIGRATION

### Studie des DIW und der Universität Mailand

Eine Zuwanderung aus Osteuropa in die alten EU-Länder steigert das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der erweiterten Union in höherem Maße als der zusätzliche Handel und Kapitalverkehr durch die Osterweiterung. Zu diesem Schluss kommt eine Studie von Herbert Brücker vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Tito Boeri von der Mailänder Bocconi-Universität.

Wenn ein Prozent der Bevölkerung aus dem Osten in den Westen wandert, um dort beruflich tätig zu sein, wächst das BIP im Westen um 0,2 bis 0,3 Prozent. Wenn sie sich in den prosperierenden Regionen im Westen niederlassen, liegt die Steigerungsrate sogar bei 0,5 Prozent. Dies sind wesentliche Ergebnisse der Studie.

Die Gewinne der Wanderung sind allerdings unterschiedlich verteilt. Bei gleich bleibenden Einkommen im Zielland gewinnt die Bevölkerung im Herkunftsland, während die Bevölkerung im Zielland leichte Verluste hinneh-

men muss. Die Arbeitslosigkeit wird in der EU insgesamt durch Migration sinken, kann aber in den Zuwanderungsländern geringfügig steigen. Dies gilt allerdings nicht, wenn sich die Migranten und Migranten vorrangig in den boomenden Ballungszentren niederlassen. Ein solches Migrationsverhalten ist zum Beispiel für Zuwanderung nach Deutschland typisch.

Allerdings werden diese ökonomischen Zugewinne nicht realisiert, da – so die Autoren – es erhebliche Koordinierungsprobleme der EU-Mitglieder sowohl bei der Anwendung der Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit als auch beim Umgang mit potenzieller Migration aus den öst-

lichen Nachbarländern der EU gibt. Diese aber werden künftig die wichtigsten Herkunftsländer für Migration in die EU sein. Die Autoren plädieren deshalb für eine EU-weite Quote für Zuwanderung, wobei die Auswahlkriterien sich am Bildungsstand und den beruflichen Fertigkeiten der Zuwanderer orientieren sollen.

Herbert Brücker/Tito Boeri: Migration, Co-ordination Failures and EU Enlargement (Discussion Papers No. 481)

Die Studie kann (nur auf Englisch) auf der Internetseite des DIW als PDF-Datei heruntergeladen werden: [www.migration-online.de/diw-studie](http://www.migration-online.de/diw-studie)



### ZAHLENWERK

#### Bereinigte Zahlen: Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (2004)

Herkunfts-kontinent/-land	Absolut	Prozent
Europa	5.340.344	79,5
Europäische Union	2.108.010	31,4
Italien	548.194	8,2
Griechenland	315.989	4,7
Polen	292.109	4,3
Übriges Europa	3.232.334	48,1
Türkei	1.764.318	26,3
Serbien und Montenegro	507.328	7,6
Asien	826.504	12,3
Afrika	276.973	4,1
Amerika	202.925	3,0
Australien/Ozeanien	9.801	0,2
Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	60.568	0,9
insgesamt	6.717.115	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wie das Statistische Bundesamt im Mai mitteilte, lebten am Jahresende 2004 rund 6,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Das ist rechnerisch 618.000 Personen bzw. 8,4 Prozent weniger als 2003.

Die Abnahme ist auf eine Bereinigung des Ausländerzentralregisters zurückzuführen. So wurden Doppelzählungen aufgrund unterschiedlicher Schreibweisen der Namen herausgefiltert und Eingebürgerte, die noch geführt wurden, gestrichen. Von daher sind die Werte aus dem Jahr 2004 nur bedingt mit denen der Vorjahre zu vergleichen.

# VORBILDICHE INTEGRATIONSARBEIT



## Wettbewerb des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung

**A**m 13. Juni 2005 wurden in Berlin die Sieger des bundesweiten Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ gekürt. Die Gewinner des vom Bundesinnenministerium und der Bertelsmann-Stiftung ausgerichteten Wettbewerbs sind die Städte Stuttgart und Solingen, sowie die Gemeinde Belm und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Sie erhalten für ihre vorbildliche Integrationspolitik ein Preisgeld von insgesamt 50.000 Euro. „Die erfolgreichen Kommunen begreifen die Zuwanderer mit ihren Potenzialen und Talenten als Chance“, meint Heribert Meffert, der Vorsitzende der Bertelsmann-Stiftung. Außerdem hätten sie durch ganzheitliche Integrationskonzepte, „die den lokalen Anforderungen in besonderer Weise gerecht werden“, überzeugt. Dabei sei die aktive Partizipation der Bürger ein entscheidender Erfolgsfaktor. Auch Innenminister Otto Schily fand lobende Worte: „Die Sieger überzeugten durch besonders klare und zukunftsorientierte Konzepte.“

Die elfköpfige Jury, bestehend aus Experten aus Wissenschaft, Praxis und den kommunalen Spitzenverbänden, musste unter 107 Bewerbern fünfzehn für die Schlussrunde auswählen. „In den Bewerberstädten haben wir beeindruckende Einblicke erhalten. Sie zeigen, dass viele Kommunen Integration als zentrale Zukunftsfrage verstehen“,

berichtet die Jury-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Lale Akgün.

Der Preis für die Großstadt ging an Stuttgart, weil dort ein Gesamtkonzept ausgearbeitet wurde, das Integrationspolitik nicht als Problem, sondern als Chance für die Zukunft versteht.

Solingen – als mittelgroße Stadt – erhielt die Auszeichnung aufgrund des interkulturellen Konzepts, das die aktive Beteiligung der Zuwanderer in den Mittelpunkt stellt. Dadurch entstanden Strukturen, die nachhaltig dafür sorgen, dass das friedliche Miteinander bestehen bleibt.

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg und die Gemeinde Belm sind die Gewinner aus dem ländlichen Raum. Seit Mitte der neunziger Jahre erleben beide Kommunen einen starken Zuzug von SpätaussiedlerInnen. In Belm gelingt die Integration durch die Aktivierung eines starken bürgerschaftlichen Engagements. Der Kreis Hersfeld-Rotenburg koordiniert die Förderung von Sprache, Bildung und Arbeit in einem gut funktionierenden Netzwerk für Integration.

Ziel des Wettbewerbs war es, die Leistungen der Kommunen in der Integrationspolitik herauszustellen, zu vergleichen und wenn nötig zu optimieren, um abschließend die besten Ansätze allen Kommunen zugänglich zu machen. Jedoch wird dieser Zugang aller Voraussicht nach noch bis Ende des Jahres verschlossen bleiben. Dann werden die erfolgreichen Praxisbeispiele den Kommunen, in Form einer Publikation, zur Verfügung gestellt.

# INTEGRATION DURCH BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

## Bundesweiter Wettbewerb

Die Stiftung „Bürger für Bürger“ will mit einem bundesweiten Wettbewerb die Partizipation und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement voranbringen. Vorbildhafte Praxis und realisierbare neue Ideen sollen durch den Wettbewerb gefördert und angeregt werden. Gesucht werden Projekte, bei denen sich Zuwanderer gemeinsam mit Einheimischen oder Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Herkunft für das Gemeinwohl engagieren. Der Wettbewerb wird unterstützt von der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. in Bochum und der DFB-Stiftung Egidius Braun. Als Gewinn winkt ein Geldpreis (1. Platz: 2.500 €), der für die weitere Arbeit eingesetzt werden soll.

Von den Teilnehmern wird erwartet, dass sie ihre gesammelten Erfahrungen mit anderen Beteiligten oder Interessierten teilen, beispielsweise bei regionalen Netzwerktreffen.

Formlose Bewerbungen mit weiteren Informationen – wie Projektbeschreibung, Publikationen oder Internetdomains – sind bis zum 30. November 2005 an die Stiftung zu richten.

Weitere Informationen gibt es unter [www.buerger-fuer-buerger.de](http://www.buerger-fuer-buerger.de).

**Kontakt:**  
Stiftung Bürger für Bürger  
Bernhard Schulz  
Singerstraße 109, 10179 Berlin,  
Telefon 0 30/24 31 49-0  
E-Mail [info@buerger-fuer-buerger.de](mailto:info@buerger-fuer-buerger.de)

# REPORT ENAR 2004

## Jahresbericht veröffentlicht

Das Europäische Netzwerk gegen Diskriminierung (ENAR) veröffentlichte kürzlich seinen Jahresbericht für das Jahr 2004. Das aus mehr als 600 europäischen Nichtregierungsorganisationen bestehende Netzwerk kämpft im europäischen Maßstab gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Unterstützt wird es dabei von der Europäischen Kommission (EK).

Durch die Erweiterung der EU im Mai 2004 war das zurückliegende Jahr zuerst einmal ein Jahr der strukturellen Veränderung für ENAR. Durch die Erweiterung vergrößerte sich auch das ENAR-Netzwerk. Außerdem rückte die Antirassismuspolicy durch die Erweiterung ein wenig in den Hintergrund. Was für einige Staaten offensichtlich der Anlass war, „diesen Politikbereich ein wenig zu vernachlässigen“, kritisiert der ENAR-Vorsitzende Bashy Quraishy.

Der Schwerpunkt der Arbeit lag in diesem Jahr auf der Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinien. Da nämlich ein großer Teil der Mitgliedstaaten die Richtlinien noch nicht in nationales Recht umgesetzt hat, arbeitete das Netzwerk daran, „auf die Mitgliedstaaten Druck auszuüben, um die Umsetzung in nationales Recht zu beschleunigen“. Außerdem versorgte ENAR die EK mit Informa-

tionen über die fehlende Umsetzungsbereitschaft der Staaten und drängte die Kommission, rechtliche Schritte gegen die Unterlasser einzuleiten.

2004 wurde auch der Kampf gegen religiöse Diskriminierung zu einem der wichtigsten Betätigungsfelder des Netzwerkes, weil sich „auf Religion basierende Diskriminierung oftmals mit der ethnischen überschneidet“ – erste Arbeits- und Positionspapiere wurden bereits veröffentlicht.

Mit der EU-Erweiterung nach Osten, wurden die Roma die größte ethnische Minderheit in der EU. Daraus resultierend rückte diese Volksgruppe ins Zentrum der Arbeit des Netzwerkes und die Zusammenarbeit mit Roma-Organisationen wurde ausgebaut.

Weitere Infos: [www.enar-eu.org](http://www.enar-eu.org).  
Den Jahresbericht erhält man unter: [www.enar-eu.org/en/publication/Annual\\_ENAR\\_2004\\_B.pdf](http://www.enar-eu.org/en/publication/Annual_ENAR_2004_B.pdf).



# MODELLVERSUCHSPROGRAMM FÜR MIGRANTENKINDER

## Förderung und Begleitung

Seit nunmehr einem halben Jahr läuft das fünfjährige Modellversuchsprogramm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (FörMig). Träger des Programms ist das „Institut für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft“ an der Universität Hamburg, die Koordination unterliegt dem Land Hamburg. Initiiert wurde das Programm von der „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung“ (BLK-BF).

Ziel des Programms ist die Optimierung von sprachlicher Förderung und

Bildung und zusätzlich die Evaluation sowie die Überwachung und Begleitung praktischer Umsetzungen. Des Weiteren steht die Bereitstellung von Material für die Bildungsplanung auf dem Programm. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf den „Schnittstellen des Bildungswesens“ – zwischen Kindergarten und Schule, beim Besuch von weiterführenden Schulen und dem Wechsel zwischen Schule und Beruf – und auf den Schwerpunkten: Sprachförderung, angepasst an die individuelle Sprachentwicklung; durchgängige Sprachförderung in Deutsch, der Muttersprache und den Fremdsprachen; Berufsbildung und Erleichterung des Übergangs in den Beruf.

Das Besondere ist, dass alle an sprachlicher Bildung beteiligten Institutionen, wie beispielsweise Familien, Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Vereine und Betriebe, an der Entwicklung von Konzepten beteiligt sind. Dazu bilden die Länder in ihren jeweiligen Projekten Partnerschaften mit einschlägigen Institutionen, um dort die neu entwickelten Förderkonzepte zu erproben und anschließend auszuwerten.

Finanziert wird das Projekt zur Hälfte aus dem Bundeshaushalt, die andere Hälfte wird von den teilnehmenden Bundesländern getragen. In der Startphase waren die Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen

und Rheinland-Pfalz beteiligt, im Laufe des Jahres 2005 sind die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Saarland und Schleswig-Holstein und Brandenburg hinzugestoßen.

Ab dem 1. August 2005 wird – vorerst nur in Bremen – im Rahmen des FörMig-Programms zudem das Projekt „Sprachförderung und Selbstwertstellung“ durchgeführt. Es soll Jugendlichen helfen, den Übergang vom Schul- ins Berufsleben besser zu meistern.

Weitere Informationen gibt es auf der Homepage [www.blk-foermig.uni-hamburg.de/web/de/all/home/index.html](http://www.blk-foermig.uni-hamburg.de/web/de/all/home/index.html)

# DEUTSCHE UNTERNEHMEN SCHLECHT VORBEREITET

## Antidiskriminierungsgesetz

Der rot-grüne Gesetzesentwurf zum Antidiskriminierungsgesetz (ADG) hat im Vorfeld hohe Wellen geschlagen, obwohl es sich im Grunde genommen um ein Bündel von EU-Richtlinien handelt, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Doch scheint das bei den deutschen Unternehmen noch nicht angekommen zu sein.

Eine Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) bei 68 internationalen Unternehmen zeigt, dass die deutschen Unternehmen schlecht vorbereitet sind. Nur 31 Prozent der deutschen Unternehmen haben Maßnahmen eingeleitet, um das ADG umzusetzen. Andere europäische Unternehmen haben sich zu 60 Prozent darauf vorbereitet. Auch bei der internen Einführung von Antidiskriminierungs-Regelungen, hängen deutsche Unternehmen hinterher: Lediglich in 41 Prozent der Unternehmen gibt es interne Regelungen. Andere europäische Unternehmen haben zu 72 Prozent Vorbereitungen getroffen. Auch wenn die Zahl der Unternehmen nicht repräsentativ ist, zeigt sie zumindest eine klare Tendenz.

Arbeitgeber und Opposition unterstellen der Regierung, sie hätte „draufgesattelt“, außerdem sei das ADG ein „Jobkiller“ und eine enorme „Klageflut“ würde drohen.

In einigen europäischen Staaten gibt es schon lange eine starke Antidiskriminierungsgesetzgebung, ohne dass der Arbeitsmarkt darunter leidet oder plötzlich jeder klagt, so in Großbritannien bereits seit 30 Jahren. Und trotzdem geht es seit zehn Jahren mit der britischen Wirtschaft bergauf. Die Arbeitslosigkeit liegt bei rund 4,8 Prozent. Auch in den Niederlanden ging es nach der Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes bergauf. 1994 suchten noch 7,1 Prozent der Niederländer einen Job. Ende 2004 waren es nur noch 5 Prozent.

Auch wenn man den wirtschaftlichen Aufschwung in den beiden Staaten nicht unbedingt mit den Antidiskriminierungsgesetzen in Verbindung bringen muss, so zeigt die Entwicklung doch, dass eine Gesetzgebung gegen Diskriminierung zumindest nicht hinderlich ist.

Unterschiedlich sind die Erfahrungen mit der Zahl der Klagen. Während in Großbritannien auf 100.000 Briten 40 Diskriminierungsklagen kamen, sind es in den Niederlanden nur drei. Der Unterschied relativiert sich jedoch, wenn man das arbeitsrechtliche Umfeld – besonders den Kündigungsschutz – in beiden Ländern vergleicht. In den Niederlanden ist der Kündigungsschutz stark ausgeprägt, in Britannien haben die Arbeitgeber mehr Freiheiten. Im ersten Jahr einer

Betriebszugehörigkeit besteht sogar gar kein Schutz. Ein großer Teil der Kläger in Großbritannien weiche aufs ADG aus, weil es sonst wenig Möglichkeiten gebe, meint Heide Pfarr, die Direktorin des Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Eine Klageflut sei ihr zufolge nur zu fürchten, würde der Kündigungsschutz weiter abgebaut werden. „Das könnte auch bei uns Ausweichverhalten provozieren.“

Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de) oder unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de), sowie im Dossier des DGB Bildungswerk unter [www.migration-online.de/adg](http://www.migration-online.de/adg)



## FEIERTAGE



Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im Juli begangen. All jenen, die feiern, wünschen wir alles Gute.

**02.07. „Sivas Massaker“** (alevit.) Am 02.07.1993 zündeten islamische Fundamentalisten nach dem Freitagsgebet das Madimak-Hotel in der türkischen Stadt Sivas an, in dem alevitische Intellektuelle logierten. Dabei starben 37 Menschen. Polizei und Feuerwehr griffen erst nach acht Stunden ein. Das Staatssicherheitsgericht in Ankara kam zu dem Urteil, dass die Menge die Feuerwehr bei den Rettungsarbeiten behinderte.

**09.07. „Märtyrertod des Bab“** Begehen die Baha'i im Gedenken an ihren 1850 hingerichteten Propheten.

**19.07. „Ashala Puja“** (buddh.) erinnert an die erste Predigt Buddhas. In vielen Klöstern werden an diesem Tag die Novizen ordiniert und die Meister ziehen sich zur dreimonatigen Meditation in die Klöster zurück.

**27.07. „Tischa Be-Aw“** Jüdischer Trauer- und Fastentag zum Gedenken an die Zerstörung des ersten Tempels in Jerusalem (Bajith Rishon) durch die Babylonier und die Zerstörung des zweiten (Bajith Shenit) durch die Römer 70 n. Chr. Auch der Vertreibung der Juden aus Spanien (1492), wird an diesem Tag gedacht.

# FORUM 7

## MIGRATION

## BILDUNG IST JENSEITS ALLER STANDESUNTERSCHIEDE\*

### KOMMENTAR

**Helga Preuss-Venincasa**  
Betriebsrätin bei KM Europa  
Metall AG, Osnabrück

\* Konfuzius (um 551–479 v. Chr.)

**B**ildung, Aus- und Weiterbildung sind das wichtigste Element in der Migrationspolitik. In der Bildung entscheidet sich, ob gesellschaftliche Integration gelingt oder scheitert. Nicht nur mit dem Blick auf Migrantinnen und Migranten, sondern auch mit Blick auf andere Gruppen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist einer der wichtigsten Punkte, um sich qualifizieren zu können. Sprache ist als ein wesentliches Instrument der Durchsetzung von Interessen und der Integration zu sehen.

Qualifizierung in Sprache und Beruf bedeutet vor allem, die Chance durch Teilnahme an der Mitgestaltung des eigenen Arbeitsprozesses über den Betrieb hinaus, das demokratische Gemeinwesen mit Leben zu erfüllen. Wer gehört wird, weil er/sie etwas zu sagen hat, wer mitredet, weil seine/ihre Meinung geschätzt wird, der entwickelt das Selbstbewusstsein eines mündigen Bürgers und einer mündigen Bürgerin.

Hier verschiedene Möglichkeiten zu einer guten sprachlichen und beruflichen Ausbildung zu gelangen.

- Die Sprachentwicklung muss schon im Kindergarten bzw. bevor Kinder in die Schule kommen beginnen.
- In den Schulen muss weiterhin Sprachförderung angeboten werden.
- Die Förderung darf nicht der Sparpolitik zum Opfer fallen.
- Kein Abschieben von Migrantenkinder in Sonderschulen, sondern genaue Analyse der Ursachen von „Schulversagen“.

■ Ausbildung von Lehrern/innen bzw. Ausbildern/innen in interkulturellem Lehren und Lernen.

■ Die Bildungspolitik sollte so ausgerichtet werden, dass die Stärken genutzt und erweitert werden, noch vorhandene Schwächen und Defizite müssen gezielt ausgeglichen werden.

■ Auswahlverfahren bei Ausbildungsplätzen überprüfen, ggf. verändern.

■ Betriebsräte sollten die Möglichkeiten des Betr.VG auch unter dem Aspekt nutzen, dass in einer globalisierten Wirtschaft neben der fachlichen, auch interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit immer wichtiger werden. Viele der Migranten/innen können diese Fähigkeiten einbringen.

■ Die Berücksichtigung bei beruflicher Weiterbildung muss sich erhöhen, dazu sind auch die Nutzung neuer Medien zu verwenden. Z.B. statt Schrift sollten Symbole verwandt werden.

Des Weiteren sind auch

- Alphabetisierungskurse
- Sprachförderung für Frauen mit Migrationshintergrund
- Sprachliche Ausbildung in beruflichen Bildungsmaßnahmen
- Sprachkurse mit berufskundlichen und arbeitsmarktbezogenen Themen notwendig und sollten ausgebaut werden.

Ein weiterer Aspekt ist, dass sich Produktionskonzepte in kürzeren Zyklen verändern. Wesentliche Anforderungen in diesem Prozess sind z.B.:

- Beherrschung der deutschen Sprache
- Fähigkeiten zur sachlichen Kommunikation und Zusammenarbeit z.B. bei Gruppen-/Teamarbeit
- Grundlagen der englischen Sprache als Technik- und EDV-Sprache
- Kenntnis über Produkte und Prozesse
- Kenntnis der Qualitätsorganisation
- Kenntnis betrieblicher Strukturen, Abläufe, Zuständigkeiten.

Die Bildungschancen sollten optimal genutzt werden.

Dazu ist es notwendig, systematische Elternberatungen über die Notwendigkeit schulischer und beruflicher Bildung zur Zukunftssicherung der Kinder durchzuführen. Denn Arbeitsplätze für Un- und Angelehrte werden überproportional abgebaut.

Es ist darüber hinaus erforderlich, dass der einheimischen Bevölkerung klargemacht wird, wie notwendig Migranten/innen für unsere Wirtschaft mit ihrem Können und Wissen sind. Aber auch wie viel wir von- und miteinander lernen und unser Leben bereichern können.

Deshalb ist es weiterhin notwendig, dass Chancengleichheit für Frauen und Männer, Jung und Alt, Deutsche und Migranten/innen ausgebaut und umgesetzt wird. Alle Arbeitnehmer/innen brauchen die Möglichkeit ihre Qualifikation auf dem Laufenden zu halten, um weiterhin gute Chancen auf dem sich verändernden Arbeitsmarkt zu haben. Alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen sind aufgefordert diese Ziele zu verfolgen, vor allem fordern wir dieses von unseren Gewerkschaften.

„Die Bildung kommt nicht vom Lesen, sondern vom Nachdenken über das Gelesene.“ (Carl Hilty)

„In jedem Beruf ist der erste Schritt zum Erfolg, sich dafür zu interessieren.“ (Wilhelm Osler)



### GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium  
des Innern



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

#### KOORDINATION

Michaela Dälken

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

#### LAYOUT

Gitte Becker

#### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

#### DRUCK UND VERTRIEB

WAZ-Druck, Duisburg

#### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

#### BESTELLADRESSE

PROWERB  
Werbe- und Versand-Service GmbH  
Huissener Straße 7-9  
47533 Kleve  
Telefax 0 28 21/72 18-25  
E-Mail info@prowerb.de

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk  
Kompetenzzentrum  
Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de